

Pressemitteilung des Landkreises Ludwigslust-Parchim 2014-07-14/114

## Pflegesozialplanung gemeinsam ausgestalten

**Demografische Entwicklung schafft besondere Herausforderung: Fachleute berieten in Parchim über Weiterentwicklung der Versorgungsstruktur im Landkreis Ludwigslust-Parchim**



Ist die Versorgung an Einrichtungen und Diensten im Bereich Pflege im Landkreis Ludwigslust-Parchim ausreichend? Diese und ähnliche Fragen zur pflegerischen Versorgungslandschaft des Landkreises wurden kürzlich im Rahmen der Fachtagung zur „Umsetzung der wissenschaftlichen Begleitung der Pflegesozialplanung im Landkreis Ludwigslust-Parchim“ im Landratsamt Parchim kritisch erörtert. Nach der Erstellung des Pflegesozialplans im Jahr 2013 durch das ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik war es das Ziel der Fachtagung, die darin enthaltenen Empfehlungen zur Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgungsstruktur aufzugreifen und deren Umsetzung vorzubereiten. Rund 60 Vertreter der Städte und Ämter, der Träger von Diensten und Einrichtungen, der Pflegekassen, der Kassenärztlichen Vereinigung, Seniorenvertreter und weitere Akteure waren der Einladung gefolgt, um mit ihrer Erfahrung an der Umsetzung mitzuwirken.

In seinem Grußwort hob der stellvertretende Landrat Wolfgang Schmüling hervor, dass Ludwigslust-Parchim als einziger Landkreis in Mecklenburg-Vorpommern in der kurz bemessenen Zeit einen Pflegesozialplan erstellt habe. Er wies zugleich auf die gemeinsame Verantwortung aller Akteure für die Weiterentwicklung der Versorgungsstruktur hin.

Anschließend bewertete Hans Hopkes als Vertreter der „kleinen LIGA“ der Wohlfahrtsverbände den Pflegesozialplan ebenfalls als wichtige Grundlage für die weitere Arbeit, betonte aber auch die Schwierigkeit für die Träger, in allen Teilen eines großflächigen Landkreises eine gute Versorgung zu garantieren.

Im Hauptteil des Vormittags stellte Dr. Dietrich Engels (ISG) die zentralen Ergebnisse des Pflegesozialplans 2013 vor und zeigte die weiteren Schritte zur Umsetzung auf. In allem gehe es um den Ausbau der vorstationären Versorgungsangebote, um im Sinne des Grundsatzes „ambulant vor stationär“ den Bedarf an stationärer Pflege möglichst gering zu halten. Dazu können insbesondere ein ausreichendes Angebot an Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen, die Sicherstellung altersgerechter Wohnmöglichkeiten und ortsnahe Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für Pflegebedürftige und deren Angehörige beitragen.

Der zweite Teil des Vormittags war dem Thema des Umgangs mit zunehmenden Demenzerkrankungen gewidmet. Melina Meding vom Landesverband Mecklenburg-Vorpommern der Deutschen Alzheimer-Gesellschaft erläuterte in ihrem Vortrag, welche Formen und Verläufe von Demenz bekannt sind und welche Belastung die Demenz für die erkrankte Person selbst und insbesondere für die pflegenden Angehörigen bedeutet. Gleichzeitig informierte sie über Unterstützungsangebote in Mecklenburg-Vorpommern. Als Beispiel für mögliche Hilfestrukturen im ländlichen Raum berichtete dann Gisela Grote vom Verein „Hand in Hand im Bördeland“ (Niedersachsen), wie aus einer Selbsthilfe-Initiative eine Organisation ehrenamtlicher Hilfen aufgebaut wurde. Schon wenige Jahre nach ihrer Gründung leistet diese bereits ein beeindruckendes Maß an Unterstützung für Angehörige.

Am Nachmittag wurden die Empfehlungen zur Weiterentwicklung in drei Arbeitsgruppen vertiefend diskutiert und die Ergebnisse im Plenum vorgestellt. In der AG 1 zum Thema „Ehrenamtliche und professionelle Unterstützung bei Demenz“ wurde festgestellt, dass der Aufbau ehrenamtlicher Hilfen eine gute Möglichkeit ist, professionelle Unterstützungsstrukturen zu ergänzen, aber auch mit einigen Schwierigkeiten verbunden ist. Mit einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit soll das Bewusstsein über Demenz in der Bevölkerung verbessert werden. In der AG 2 wurde das Thema „Kurzzeitpflege: Bedarf, Konzept und wirtschaftliche Tragfähigkeit eines eigenständigen Kurzzeitpflegeangebots“ vertiefend behandelt. Anzustreben ist ein eigenständiges Kurzzeitpflegeangebot, das nicht im normalen Heimplatz integriert ist, sondern attraktiv als „Pflegeurlaub“ mit aktivierenden Maßnahmen in wohnlicher Atmosphäre gestaltet wird. In der AG 3 „Wohnen im Alter im ländlichen Raum: Barrierefreiheit und kleinräumige Vernetzung“ wurde bestätigt, dass ältere Menschen auch mit Pflegebedarf möglichst lange in der gewohnten Wohnung leben möchten. Jedoch genügt in ländlichen Gebieten nicht, den eigenen Lebensraum barrierefrei/-arm zu gestalten, wenn in der Wohnumgebung keine ausreichende Infrastruktur (Einkaufsmöglichkeiten), Transportmöglichkeiten etc. vorhanden sind. Ansätze zur Verbesserung seien ehrenamtliche Fahrdienste, mobile Verkaufsangebote und Nachbarschaftshilfen.

Abschließend dankte Harald Haase, der Fachdienstleiter des Fachdienstes Soziales, den Teilnehmenden für ihre konstruktiven Beiträge und äußerte die Erwartung, dass die Pflegesozialplanung im Landkreis Ludwigslust-Parchim in Zukunft als gemeinsames Projekt weitergeführt werde.

**Hintergrund:** Der Landkreis Ludwigslust-Parchim steht, wie viele andere Städte und Landkreise bundesweit, vor der besonderen Herausforderung, den Auswirkungen der demografischen Entwicklung entgegenzusteuern, die für den Landkreis einen Anstieg der Bevölkerungszahlen im Bereich der 60- bis 74-Jährigen um 36 Prozent und der ab 75-Jährigen um 30 Prozent bis zum Jahr 2030 erwarten lässt. Veränderte Lebensumstände erfordern alternative Wohnformen und stellen die Gesellschaft vor neue Herausforderungen. Der vom ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik im

Auftrag des Landkreises erstellte Pflegesozialplan umfasst eine demografische Analyse des aktuellen und zukünftigen Pflegebedarfs im Landkreis Ludwigslust-Parchim, eine Bestandsaufnahme der regionalen Versorgungsstruktur und eine Bedarfsanalyse vor dem Hintergrund der rasant steigenden Zahl der Pflegebedürftigen. Weitere Informationen im Internetportal des Landkreises unter dem Stichwort [Pflegesozialplanung](#)

**Kontakt:** Bei Fragen, Informationen oder Anregungen zur Pflegesozialplanung steht Ihnen die Stabsstelle Jugendhilfe- und Sozialplanung, Sarah Ledwig unter der Rufnummer 03874 624-2209 gern zur Verfügung.

**Bildunterschrift:** Rund 60 Vertreter der Städte und Ämter, der Träger von Diensten und Einrichtungen, der Pflegekassen, der Kassenärztlichen Vereinigung, Seniorenvertreter und weitere Akteure berieten Anfang Juli in Parchim über die Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgungsstruktur. **Foto: Landkreis Ludwigslust-Parchim**